

im Folgenden finden Sie meine Antworten auf Ihre Wahlprüfsteine.

### 1.1

Das bestehende Angebot bewertet die AfD nicht nur in Bielefeld, sondern bundesweit als nicht ausreichend. Die Problematik ist umso gravierender angesichts des demografischen Wandels, mit der Folge einer sich erhöhenden Anzahl an pflegebedürftigen Menschen. Wir wollen ausreichend altersgerechte Wohnmöglichkeiten schaffen und nicht-gewinnorientierte, ambulante Pflegedienste ausbauen. Menschenwürdige Bedingungen in Alters- und Pflegeheimen sowie in Hospizen sind auch von kommunaler Seite aus zu gewährleisten. Vor allem aber wollen wir auch die häusliche Pflege stärken. Im Grundsatzprogramm der AfD heißt es dazu: "Als Grundlage für die häusliche Pflege sind das Beratungsangebot für pflegewillige Angehörige in Form eines umfassenden Betreuungsnetzwerkes zu verbessern und die Pflegesätze an die Leistungen für Pflegedienstleister anzugleichen. Die AfD will Familienarbeit in der Pflege als Beitrag für das Gemeinwohl gesellschaftlich anerkennen. Die individuelle häusliche Pflege muss zu einem Hauptbestandteil der sozialen Sicherungssysteme werden." Dies ist allerdings nicht zuletzt auch eine bundespolitische Aufgabe. Die Kommune kann und muss ihren Teil dazu beitragen, ist hier aber in gravierenden Fragen nicht der maßgebliche Akteur.

### 1.2

Die AfD spricht sich nicht für Gleichstellung, sondern für Gleichberechtigung aus - im Sinne von Chancen-, nicht aber von Ergebnisgleichheit. Eine gezielte Gleichstellungspolitik, etwa in Form von Geschlechterquoten, lehnen wir daher grundsätzlich ab. Unter dem (teils beschönigenden) Begriff der "Flexibilisierung" kann im Übrigen sehr vieles verstanden werden - positive wie aber auch negative Entwicklungen, die ebenso wenig zu befürworten sind wie sogenannte Gleichstellungspolitik.

### 1.3

Siehe Punkt 1.1: Eine solche Bildung von Netzwerken ist gemäß Grundsatzprogramm in der Tat angedacht, und selbstverständlich würden wir dies auch kommunal vorantreiben.

### 1.4

Das Problem mit dem Equal Care Manifest ist eines, was sich leider zu häufig bei allerlei Konzepten aus verschiedensten Bereichen zeigt: Neben allerlei unzweifelhaft guten und richtigen sozialen Forderungen enthält es darüber hinaus leider auch absurde linksideologische Komponenten (Stichwort "Diversitätssensibilität" u.v.m.), die wir strikt ablehnen.

Es ist durchaus sinnvoll, bei der Vergabe kommunaler Aufträge beispielsweise Familienfreundlichkeit zu einer Bedingung zu machen und auch die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zum Kriterium zu erheben.

Keinesfalls aber kann das Equal Care Manifest hierfür eine Grundlage bilden.

### 2.1

Es ist nicht Aufgabe der Politik, die geschlechtliche Zusammensetzung von wirtschaftlichen Führungsgremien zu beeinflussen. Geschlechterquoten lehnen wir strikt ab. Einzig ausschlaggebend ist für uns das Leistungsprinzip, welches sich nicht nach dem Geschlecht richtet, ebenso wenig wie nach Haar- oder Augenfarbe oder sonstigen biologischen Eigenschaften. Übrigens wird man auf Baustellen auch wenig weibliche Bauarbeiterinnen finden. Interessanterweise gibt es hier jedoch keine Nachfrage nach mehr "Gleichstellung" von Mann und Frau - warum nicht? Quotenforderungen für wirtschaftliche Führungsgremien unter gleichzeitiger Auslassung weniger gut dotierter Berufe lassen sich reduzieren auf ein Wort: Rosinenpickerei.

### 2.2

Ich bin fest davon überzeugt, dass im Rahmen von Wirtschaftsförderung das Thema Geschlechtergerechtigkeit bereits jetzt in mehr als ausreichendem Maße Beachtung findet, und sehe hier daher keinen politischen Handlungsbedarf.

### 2.3

Existenzgründungen gilt es grundsätzlich zu unterstützen - egal, ob von Männern oder von Frauen. Der Begriff der Geschlechtergerechtigkeit ist hier ein untauglicher Begriff, da es hier nur um Leistungsgerechtigkeit gehen kann.

### 2.4

Dies sehe ich eher als eine bundespolitisch zu regelnde Problematik an, übrigens im Falle sowohl von Frauen als auch von Männern. Das AfD-Grundsatzprogramm sieht hierzu vor: "Die AfD strebt eine stärkere Anerkennung der Leistungen von Eltern im Steuer-, Sozialversicherungs- und Rentenrecht an. Dadurch werden neben den zusammenlebenden Familien auch Alleinerziehende und Unterhaltzahlende besser vor Armut geschützt."

### 2.5

Integration ist eine Bringschuld der Migranten, nicht hingegen der Aufnahmegesellschaft. Bestimmte migrantische Communities wie etwa die der Vietnamesen in Deutschland zeigen in beeindruckender Weise auf, wie gut Integration bei ausreichender Leistungsbereitschaft funktionieren kann, ohne dass dabei anklagend nach dem Staat gerufen wird, der dabei helfen sollte. Wir erwarten von Migrantinnen ebenso wie von Migranten, dass sie sich um ihre berufliche Integration eigenständig und eigenverantwortlich bemühen!

### 3.1

Nein, im Gegenteil. Wir werden uns gezielt dagegen engagieren, aus den oben genannten Gründen.

### 3.2

Welche Möglichkeiten in welchem Umfang in Anspruch genommen werden, obliegt zunächst einmal jedem Einzelnen, aus den jeweiligen familiären Bedarfen heraus, so dass sich hier schwerlich etwas politisch generalisieren lässt. Inwieweit Führen in Teilzeit sinnig ist oder nicht, hängt von der jeweiligen Führungsaufgabe ab. Ein Oberbürgermeister sollte hier differenziert urteilen, nicht aber pauschale und vom Einzelfall losgelöste "Kulturveränderungen" anstreben.

### 3.3

Siehe oben. Da wir keine Gleichstellung, sondern Gleichberechtigung im Sinne von Chancengleichheit wollen, sehen wir hier keinen politischen Handlungsbedarf.

### 4.1

Nein, aus den o. g. Gründen.

### 4.2

Siehe 4.1.

### 4.3

Siehe 3.3.

### 4.4

Hier muss im Einzelfall geurteilt werden. Es gibt Projekte der Frauen- und Mädchenarbeit, die außerordentlich förderungswürdig sind (etwa im Kontext von Gewaltprävention, Beratung bei Gewalterfahrungen und mehr), ebenso wie solche, die eher im Bereich der linksideologischen Indoktrination zu verorten sind. Erstere gilt es selbstverständlich auskömmlich zu finanzieren; letztere sollten aus dem kommunalen Haushalt gestrichen werden.

### 5.1

Unabhängig vom Geschlecht ist die Digitalisierung ein wichtiges Instrument etwa zur Verbesserung der Möglichkeiten von Heimarbeit. Wie wichtig und zugleich effektiv die Bereitstellung entsprechender Arbeitsmöglichkeiten sein kann, hat die Corona-Krise gezeigt. Zugleich ist sie auch eine Möglichkeit, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Es gilt also, die Möglichkeiten zur Durchführung von Heimarbeit kontinuierlich auszubauen.

### 5.2

Darin können in der Tat entsprechende Chancen liegen; für Frauen wie für Männer gleichermaßen (wieso sollte das hier bei einem Geschlecht anders sein als bei dem anderen, wie Ihre Frage andeutet?). Bürgerbeteiligung und Partizipation müssen aber grundsätzlich, auch ganz unabhängig von der Digitalisierung, ausgebaut werden - die Digitalisierung darf nicht zum Vorwand mutieren, dafür andere - und vor allem: verbindlichere! - Formen der direkten Demokratie bequem ausblenden zu können.

Bürgerentscheide und formal verbindliche direkt-demokratische Entscheidungsmechanismen (besonders in Fragen der Stadtentwicklung) sind im Zweifel wichtiger als unverbindliche Online-Diskussionsforen. Hier dürfte die eigentlich problematische soziale Trennlinie auch eher zwischen Jung und Alt und weniger zwischen Mann und Frau verlaufen.

Allein deswegen aber kann die Digitalisierung hier nicht die alleinige Lösung bieten.

### 5.3

Zunächst: Gewalt im Netz gegen Frauen ist ein ernstzunehmendes Problem und das Anliegen daher ein sehr berechtigtes. Allerdings haben Sie die Krux selbst formuliert: "im kommunal beeinflussbaren Bereich".

Insbesondere Vorgänge im Netz bewegen sich zumeist weit außerhalb der kommunalpolitisch erreichbaren Sphäre, weswegen sich hier die Hauptarbeit erneut auf der Bundesebene abspielen muss. Hier wiederum wären aus meiner Sicht konsequentere strafrechtliche Bestimmungen und Verfahren der entscheidende Schritt, um dem Problem beizukommen.

### 6.1

Siehe 5.2: Wir befürworten die direkte Demokratie in der Stadtentwicklung, was konkret bedeutet, dass es - so, wie es in der Politik eigentlich immer sein sollte - der demokratische Souverän ist, der definiert, was hier richtig und falsch bzw. gerecht oder ungerecht ist. Hier kann es kein Primat bestimmter gesellschaftlicher Gruppen geben - seien es nun Männer oder Frauen, Brillenträger oder Brillenlose usw. usf. Wir leben in einer Demokratie, nicht in einer "klientelgruppensensiblen Technokratie".

### 6.2

Wir setzen uns in unserem Wahlprogramm für mehr Barrierefreiheit in der Stadtgestaltung ein (die übrigens für Männer mit Behinderung ebenso wichtig ist wie für Frauen mit Behinderung...) und fordern die umfassende Beteiligung des Behindertenbeirates an entsprechender Planung. Gerade auch barrierefreie Zugangsmöglichkeiten zum ÖPNV sind auszubauen. Das Thema Sicherheit (im öffentlichen Raum und darüber hinaus) ist eines unserer Kernthemen: Hier fordern wir mehr Polizeipräsenz im öffentlichen Raum, eine Verstärkung der Sicherheitskräfte im ÖPNV insbesondere abends / nachts und am Wochenende, Null-Toleranz-Prinzip bei Kriminalität, städtebauliche Kriminalprävention durch gute Beleuchtung und soziale Kontrolle sowie ein Alkoholverbot an der "Tüte". Und wir wenden uns gegen falsches Sparen bei der Prävention in Form von Familien-, Drogen- und Schuldenberatung und der sozialen Stadtteilarbeit, welche wir ausdrücklich als wichtig und wertvoll ansehen.

### 7.1

Die Notwendigkeit der Schaffung von Wohnraum bezieht sich auf Männer und Frauen gleichermaßen. Geschlechtersensibilität bildet hier nicht das im Vordergrund stehende Kriterium.

## 7.2

Wie auch bei der Schaffung von Gewerbeflächen gilt in der Tat sehr genau im jeweiligen Fall zu schauen, ob nicht ökologische Erwägungen einer Bebauung bzw. Wohnraumschaffung entgegenstehen. Diese Frage gilt es dann aber im Einzelfall zu prüfen und kann schwerlich pauschal beantwortet werden. In jedem Fall wird eine sorgfältige Interessenabwägung vonnöten sein.

## 7.3

Abseits davon, dass wir ausdrücklich auch die formelle - und nicht nur die nicht-formelle - Beteiligung anstreben (ich vermisse die Frage danach; mich hätten die Antworten der anderen Parteien darauf interessiert!): Wir wollen Bürgerbefragungen und Bürgerforen durchführen, zu vielfältigsten Fragen der Stadtgestaltung, vor Ort, in den Bezirken, auch orts- und anlassbezogen, auch bei kleineren Projekten. Davon profitiert unser Gemeinwesen enorm, da es die Legitimität der Maßnahmen auf ein breiteres Fundament stellt.

## 7.4

Zunächst einmal: Seniorinnen werden hier durchaus ähnliche Bedarfe haben wie Senioren, genauso wie alleinerziehende Mütter und alleinerziehende Väter gemeinsame Bedarfe haben, was den Wohnraum angeht. Auch hier wäre es kontraproduktiv, geschlechtliche Sonderkategorien zu eröffnen, zumal vermutet werden kann, dass so manche Seniorin vielleicht auch gar nicht nur Seniorinnen in ihrem Wohnumfeld haben möchte. Wir befürworten daher besonders Mehrgenerationenhäuser für mehr Gemeinschaft zwischen Jung und Alt. Das wirkt der Einsamkeit im Alter entgegen und mindert soziale Barrieren zwischen den Altersgruppen.

## 7.5

Das halte ich in der Tat für eine gute Idee und ein wichtiges Vorhaben.

## 8.1

Eine projektfinanzierte Basis ist sinnvoll, um die Förderung an die Art und den Nutzen der konkreten Maßnahme binden zu können, was insbesondere angesichts der sich durch die Wirtschaftskrise abzeichnenden Haushaltsprobleme wichtig ist. Wir haben diesbezüglich in Bielefeld ein starkes soziales Netz; dennoch befürworten wir grundsätzlich den Ausbau der Beratungsangebote.

## 8.2

Zunächst: Es kann nicht sein, dass die Kommune die Politik der offenen Grenzen, die von der Bundesregierung betrieben wird, abfedern muss. Spezifische Beratungsangebote für Asylmigranten bzw. entsprechende Neuschaffungen und Ausweitungen lehnen wir daher ab. Die mit der Asylumigration in Zusammenhang stehende Sozialindustrie ist in den Jahren insbesondere seit 2015 immer weiter angewachsen. Dieser Prozess muss ein Ende finden. Beratung und Therapie traumatisierter Menschen kann und muss in den bestehenden Strukturen unseres Sozial- und Gesundheitssystems stattfinden. Wenn die Zuwanderung seit 2015 dessen Kapazitäten überlastet, dann muss die Zuwanderung eingeschränkt, aber nicht das Sozialsystem ausgedehnt werden.

## 8.3

Hier muss differenziert werden. Prävention gegen sexualisierte Gewalt ist ebenso sinnvoll wie übrigens auch harte strafrechtliche Sanktionen für die entsprechenden Täter, welche es bislang nicht in ausreichender Form gibt. Die Begriffe "Sexismus" sowie "Diskriminierung" allerdings sind zu sehr politisierten Vokabeln verkommen, unter denen seitens Feministinnen mittlerweile auch "flapsige Sprüche", allzu freizügige Werbung und allerlei andere Vorgänge verstanden werden, die letztendlich

als oftmals harmlos zu bewerten sind (wodurch es m. E. eigentlich eine Relativierung sexualisierter Gewalt darstellt, derlei "in einem Atemzug" aufzulisten). Daher: Nein, wir planen keine präventiven Maßnahmen zur Bekämpfung von "Sexismus" oder (vermeintlicher) "Diskriminierung", befürworten aber stark Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt, sowohl präventive als auch strafrechtliche. Zum Thema der "eingebildeten Diskriminierung" alias sog. "Mikroaggression" finden Sie übrigens hier einen ausführlichen Artikel von mir: <https://arcadi-online.de/mikroaggressionen-die-neue-opfersemantik/>

#### 9.1

Nein. Es ist völlig widersinnig (und im Übrigen verfassungswidrig), Räte oder sonstige politische Gremien nach Geschlecht unterschieden zu besetzen. Was kommt als nächstes? Verschiedene soziale Gruppen? Haar- und Augenfarben? Beschwerden darüber, dass zu wenig Menschen mit schwarzen oder blonden Haaren im Rat sitzen? Was sind das für Kriterien?

Wir leben nicht in einem Ständestaat, sondern in einer Demokratie.

Volkstvertreter sollte werden, wen das Volk mehrheitlich als seinen Vertreter sehen will - ohne Quote willkürlich ausgewählter Bevölkerungsgruppen. Ich bin Rollstuhlfahrer, käme aber nie auf die Idee zu beklagen, dass zu wenig Rollstuhlfahrer im Rat sitzen. Warum? Weil das Fortbewegungsmittel kein entscheidendes politisches Qualifikationsmerkmal ist. Ebenso wenig wie das Geschlecht!

#### 9.2

Siehe oben. Nichts. Denn auch hier ist das Geschlecht kein Kriterium, sondern Leistung ist das Kriterium. Ich hätte keinerlei Scheuklappen, ebenso einer Frau die Ehrenbürgerschaft zuzugestehen - aber dann wegen ihrer außerordentlichen Lebensleistung und nicht als Quoten-Ehrenbürgerin. Das würde nicht nur den Begriff der "Ehre" ad absurdum führen, sondern wäre auch für die betreffende Frau eine Entwürdigung und Herabsetzung.

Ich hoffe, ich konnte - trotz des offensichtlichen Dissenses bei den meisten Themen - Ihre Fragen zur Genüge beantworten.

Mit freundlichen Grüßen

Florian Sander

Oberbürgermeisterkandidat und Kreisvorsitzender der AfD Bielefeld